

Der 11. September 2001 – eine historische Zäsur?

Manfred Berg

Der chinesische Premierminister Zhou Enlai soll in den 1970er-Jahren einmal bemerkt haben, es sei noch zu früh, die Bedeutung der Französischen Revolution zu beurteilen. Obwohl das Zitat vermutlich apokryph ist, wird es immer wieder gern bemüht, um die Flüchtigkeit des historischen Urteils zu illustrieren. Wer in solchen Zeiträumen wie der virtuelle Zhou denkt, dem muss der Versuch, nach gerade einmal zehn Jahren die Frage zu beantworten, ob die Terroranschläge des 11. September 2001 eine historische Zäsur markieren, einigermassen absurd vorkommen. In der Tat ist gegenüber dem inflationären Gebrauch bedeutungsschwerer Begriffe wie Revolution, Epoche und Zäsur eine gesunde Skepsis angezeigt, denn in der Rückschau pflegt sich der historische Stellenwert vieler Ereignisse, welche die Zeitgenossen in Atem hielten, zu relativieren. Historiker sind sich bewusst, dass es sich bei Zäsuren um nachträgliche Konstruktionen von begrenzter räumlicher, zeitlicher und sachlicher Reichweite handelt. Dass mit wachsendem Zeitabstand auch die Klarheit des historischen Urteils zunimmt, wie es das Zhou-Zitat offenbar zum Ausdruck bringen soll, ist jedoch nicht zwingend. Genauso gut lässt sich argumentieren, nur Zeitgenossenschaft befähige zu der Empathie, die nötig sei, das Bewusstsein der Mitlebenden für einen unerwarteten und intuitiv als fundamental empfundenen historischen Bruch zu erfassen. Wer, wie der Verfasser, den Fall der Berliner Mauer vor Ort erlebt hat, wird alle Versuche, den Zäsurcharakter des 9. Novembers 1989 zu bestreiten, als blutleere Stubengelehrsamkeit empfinden.

Allerdings tendiert die auf den Konnex von Ursachen und Folgen fokussierte geschichts- und politikwissenschaftliche Analyse generell zur Betonung von Kontinuitäten. So wollen die Herausgeber einer jüngst vorgelegten Bilanz zu den Auswirkungen des 11. September auf die USA zeigen, „dass die wenigsten Ereignisse wie aus dem Nichts über uns kommen“ und „es fast immer längerfristige Entwicklungen sind, die unser Leben bestimmen“.¹ Dieser Maßstab lässt freilich kaum noch Raum für einen differenzierten Zäsurbegriff, der Ge-

¹ Michael Butter/Birte Christ/Patrick Keller (Hg.), *9/11. Kein Tag, der die Welt veränderte*, Paderborn 2011, S. 11f. Die Beiträge in diesem Buch wenden sich zu Recht gegen die Übertreibungen unmittelbar nach den Anschlägen, schießen aber mit ihrer Fixierung auf Kontinuitäten übers Ziel hinaus. Die meisten Autoren skizzieren im Übrigen eher allgemeine Entwicklungen nach 2001, als explizit das Problem der Zäsur zu thematisieren. Eine Darstellung der Ereignisse und ihrer Folgen, die vor allem im politischen Bereich stärker die Diskontinuitäten betont, jetzt bei Bernd Greiner, *9/11. Der Tag, die Angst, die Folgen*, München 2011.

schichte als erlebte Erfahrung ebenso einbezieht wie die rückschauende Reflexion. Martin Sabrow hat deshalb vorgeschlagen, zwischen „historiographischen Deutungsäsuren“ und „sinnweltlichen Ordnungsäsuren“ zu unterscheiden. Letztere zeichnen sich ihm zufolge dadurch aus, dass das Bewusstsein der Zeitgenossen, einen epochalen Umschwung zu erleben, selbst zum Katalysator des Wandels werden könne.²

Dass der 11. September 2001, ähnlich wie der 9. November 1989, als eine solche sinnweltliche Ordnungsäsur erlebt wurde, steht außer Zweifel. Die Bilder der Passagierflugzeuge, die in die Zwillingstürme des World Trade Centers rasten und die Symbole amerikanischer Macht und Modernität zum Einsturz brachten, lösten bei Millionen Menschen unmittelbar das Gefühl aus, Zeugen eines beispiellosen historischen Geschehens zu werden, auch wenn sie zunächst gar nicht verstehen konnten, was sich vor ihren Augen abspielte. Die Anschläge auf das World Trade Center schufen eine überwältigende ikonische Szenerie, die dazu geeignet war, sich dem kollektiven Gedächtnis der gesamten Menschheit als Beginn eines neuen Zeitalters einzuprägen³ – ähnlich wie die Atompilze über Hiroshima und Nagasaki im August 1945. Der gestrige Tag, schrieb die „New York Times“ am 12. September 2001, sei „einer jener Momente, in denen die Geschichte sich teilt und wir die Welt als ‚vorher‘ und ‚nachher‘ definieren“. In Deutschland prophezeiten „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Bild“: „Es wird nichts mehr so sein, wie es war.“⁴

Das Bekanntwerden der näheren Umstände des „unfassbaren Angriffs“ („New York Times“) verstärkte das Empfinden vieler Menschen, dass sie miterlebten, wie ein gänzlich unvorhersehbares Ereignis abrupt den Lauf der Welt veränderte. Gewiss, „9/11“, wie das schnell geprägte Kürzel für den Tag des Terrors seither lautet, war keine Naturkatastrophe. Dass die USA im Visier islamistischer Terroristen standen, war lange bekannt. Schon im Februar 1993 hatte ein Terrorkommando der Al Qaida im World Trade Center eine Autobombe gezündet, dabei sechs Menschen getötet und bis zu 1.000 weitere verletzt. 1998 folgten Anschläge auf die US-Botschaften in Tansania und Kenia mit mehr als 200 Toten. Sofort nach dem 11. September 2001 wurde deshalb

² Martin Sabrow, Zur Deutungsmacht historischer Zäsuren. Impulsreferat in der Podiumsdiskussion „Historische Zäsuren“ auf dem Berliner Historikertag, 29.9.2010. Ich danke der Redaktion und Herrn Sabrow für die Übersendung des Manuskripts, dem ich zahlreiche Denkanstöße entnommen habe.

³ Zur visuellen Ebene vgl. Stephan A. Weichert, Aufmerksamkeitsterror 2001. 9/11 und seine Inszenierung als Medienereignis, und Godehard Janzing, The Falling Man. Bilder der Opfer des 11. September 2001, beide in: Gerhard Paul (Hg.), *Das Jahrhundert der Bilder. Bildatlas Bd. II: 1949 bis heute*, Göttingen 2009, S. 686-693 bzw. S. 694-701.

⁴ The War Against America. An Unfathomable Attack, in: *New York Times*, 12.9.2001, S. A 26; „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Bild“ zit. nach: Sandra Poppe/Thorsten Schüller/Sascha Seiler (Hg.), *9/11 als kulturelle Zäsur. Repräsentationen des 11. September 2001 in kulturellen Diskursen, Literatur und visuellen Medien*, Bielefeld 2009, S. 9.

die Frage laut, ob die US-Regierung und die Sicherheitsbehörden nicht auf sträfliche Weise Indizien für eine bevorstehende Aktion der Al Qaida ignoriert hätten. Gleichwohl: Dass es einer Gruppe von gerade einmal 19 Terroristen, die lediglich mit Teppichmessern bewaffnet waren, gelingen könnte, zeitgleich vier Passagierflugzeuge in ihre Gewalt zu bringen und diese in das World Trade Center, das US-Verteidigungsministerium und beinahe auch noch in das Weiße Haus zu steuern und so innerhalb weniger Stunden knapp 3.000 Menschen zu töten, hätte vor dem 11. September 2001 allenfalls als Stoff für einen zweitklassigen Actionfilm getaugt, kaum aber als seriöses Bedrohungsszenario gegolten.

Das fast perfekte Gelingen eines derart unglaublichen Plans rückte jäh die Kontingenz der Geschichte ins Bewusstsein. Rund zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Kriegs beendete „9/11“ brutal und unvermittelt eine Dekade, die in den USA vor allem durch wirtschaftliche Prosperität, nationale Selbstbeweihräucherung und innenpolitische Nabelschau geprägt gewesen war. Plötzlich standen die Amerikaner vor der Herausforderung eines „Kriegs gegen den Terror“, den Präsident George W. Bush am 20. September 2001 vor dem Kongress verkündete und in eine Reihe mit dem Kampf gegen „Faschismus, Nazismus und Totalitarismus“ stellte.⁵ Die von Bush und vielen anderen bemühte Analogie zu Pearl Harbor, dem japanischen Überraschungsangriff am 7. Dezember 1941 auf die amerikanische Pazifikflotte in Hawaii, bot allerdings keine rechte Orientierung. Im Unterschied zu „9/11“ war Pearl Harbor der Beginn eines regulären zwischenstaatlichen Kriegs, der zudem keineswegs so überraschend kam, wie dies viele Amerikaner heute glauben. Im Herbst 1941 stand die Gefahr eines Kriegs gegen Japan und Hitlerdeutschland den USA schon seit längerem vor Augen. Schockierend war damals vor allem, dass der Beginn des Kriegs für die US-Streitkräfte zum Desaster geriet. Obwohl die Angreifer des 11. September 2001 keine hochgerüstete Armee waren, sondern leichtbewaffnete Terroristen, trafen sie die Vereinigten Staaten so überraschend und mit solcher Zerstörungskraft, wie die Amerikaner dies noch nie zuvor erlebt hatten.

Der Schock provozierte allenthalben rhetorische Superlative. Von einem Kulturbruch und vom eigentlichen Beginn des 21. Jahrhunderts war die Rede.⁶ Durch die Anschläge des 11. September, schrieb der amerikanische Journalist Jonathan Schell einen Monat nach den Ereignissen, sei die „bekannte Welt, wie ein Bild in einem Diaprojektor, weggeklickt und eine neue Welt an ihre Stelle katapultiert worden“.⁷ Aber wie würde diese neue Welt aussehen? Vielleicht lässt sich der Paradigmenwechsel am besten an zwei populären Büchern der

⁵ Text der Rede nach <<http://www.presidentialrhetoric.com/speeches/09.20.01.html>>.

⁶ So der US-Schriftsteller Paul Auster, Jetzt beginnt das 21. Jahrhundert, in: *ZEIT*, 19.9.2001.

⁷ Zit. nach Marilyn Young, Ground Zero: Enduring War, in: Mary Dudziak (Hg.), *September 11 in History: A Watershed Moment?*, Durham 2003, S. 10-34, hier S. 11.

1990er-Jahre demonstrieren, Francis Fukuyamas „Das Ende der Geschichte“ und Samuel Huntingtons „Kampf der Kulturen“. Während Fukuyama nach dem Zusammenbruch des Ostblocks den endgültigen Triumph des westlich-liberalen Universalismus verkündete, zu dem es keine konkurrenzfähige ideologische Alternative mehr geben könne, bestritt Huntington die universale Geltung westlicher Werte und prophezeite eine neue globale Konfrontation der Zivilisationen. Der abgrundtiefe Hass auf die USA und die westliche Welt, der die Selbstmordattentäter des 11. September antrieb, schien Huntington auf spektakuläre Weise recht zu geben, auch wenn dieser selbst sofort davor warnte, der Westen dürfe sich nicht von Al Qaida in einen Krieg gegen die islamische Welt drängen lassen.⁸ Es fehlte auch nicht an Appellen der US-Regierung zur Toleranz gegenüber der überwältigenden Mehrheit der friedlichen Muslime. Dennoch brachte die Formel vom „Kampf der Kulturen“ die weit verbreitete Furcht auf den Punkt, den USA und dem Westen insgesamt stehe eine neue globale Konfrontation bevor, die Gewalt und Zerstörung auch im eigenen Hause mit sich bringen werde. Der Kollaps der *Twin Towers*, so die düstere Prognose der „New York Times“, sei womöglich nur der Vorbote noch viel schrecklicherer Angriffe, die mit nuklearen, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen geführt werden könnten.⁹

Unmittelbar nach den Anschlägen meldeten sich jedoch auch zahlreiche Stimmen zu Wort, die davor warnten, nun die fundamentalen amerikanischen Werte und Freiheitsrechte zugunsten eines allumfassenden Sicherheitsstaats preiszugeben. Der Terror dürfe nicht zu einer Zäsur für den freiheitlichen *American Way of Life* führen.¹⁰ Auch auf der Ebene der historiographischen Deutung setzten schon bald Bemühungen ein, den Zäsurcharakter des 11. September 2001 zu relativieren. Das vordringliche Ziel der beteiligten Historiker war der Nachweis, dass „9/11“ die Amerikaner und die Welt zwar völlig unvorbereitet getroffen hatte, dass aber die Vorgeschichte und die Ursachen sehr wohl der historischen Analyse und Kritik zugänglich waren. Ein Sonderheft des „Journal of American History“ aus dem Jahr 2002 sowie der 2003 von Mary Dudziak herausgegebene Sammelband „September 11 in History: A Watershed Moment?“ legten den Schwerpunkt deshalb bewusst auf die Kontinuitäten, die den historischen Kontext der Anschläge bildeten – insbesondere auf das Hegemonialstreben der USA gegenüber der arabisch-islamischen Welt und

⁸ Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München 1992; Samuel Huntington, *Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München 1997. Huntington, der westliche Interventionen in die Angelegenheiten anderer Zivilisationen entschieden ablehnte, bezog auch klar gegen die Irak-Invasion Stellung.

⁹ The War Against America. The National Defense, in: *New York Times*, 12.9.2001, S. A 26.

¹⁰ Vgl. Manfred Berg, Der Terror und die politische Kultur der Freiheit, in: Felicitas von Aretin/Bernd Wannenmacher (Hg.), *Weltlage. Der 11. September, die Politik und die Kulturen*, Opladen 2002, S. 121-132. Ich konzediere allerdings, dass ich in diesem Aufsatz die Stärke des liberalen Lagers überschätzt habe.

die kulturelle Disposition der amerikanischen Gesellschaft, internationale Konflikte in den Kategorien von Gut und Böse zu definieren. Linke Kritiker des *American Empire* wie Michael Mann und Noam Chomsky sahen „9/11“ denn auch keineswegs als historische Zäsur, sondern im Gegenteil als logische Konsequenz der imperialistischen Politik der USA. Diese Grundtendenz werde vorerst noch zunehmen, weil die Bush-Administration die Terroranschläge zum Vorwand für eine aggressive Kriegspolitik und verschärfte Repression im Inneren nehmen werde.¹¹

Das von Martin Sabrow konstatierte Muster einer inhärenten Spannung zwischen der Sinnstiftung durch die Zeitgenossen und der analysierenden Deutung durch die Historiker stellte sich also schon recht bald nach dem 11. September 2001 ein. Aber wie können wir auf der Deutungsebene überhaupt mit überzeugenden Gründen feststellen, ob ein Ereignis eine historische Zäsur markiert oder nicht? Wenn Zäsuren als Ereigniskomplexe verstanden werden, die existierende politische, soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklungstrends abbrechen und neuen Trends und Kräften zum Durchbruch verhelfen, bietet sich die Methode des kontrafaktischen Gedankenexperimentes an. In seiner Abhandlung über „Objektive Möglichkeit und adäquate Verursachung in der historischen Kausalbetrachtung“ hat Max Weber schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht nur gezeigt, dass jede Aussage über die historische Bedeutung von Ereignissen, Personen, Entscheidungen usw. implizit auf kontrafaktischen „Möglichkeitsurteilen“ beruht, sondern hat auch emphatisch für methodisch kontrollierte Gedankenexperimente plädiert. Weber empfahl, Historiker sollten „einen Teil der im ‚Stoff‘ des Geschehens vorgefundenen ‚Bedingungen‘ abstrahierend isolieren und zum Gegenstande von ‚Möglichkeitsurteilen‘ machen, um so an der Hand von Erfahrungsregeln Einsicht in die kausale ‚Bedeutung‘ der einzelnen Bestandteile des Geschehens zu gewinnen“. Es geht also um Fragen wie diese: Was wäre geschehen, wenn ein bestimmtes Ereignis nicht eingetreten wäre? Welche nachfolgenden Ereignisse und Entwicklungen wären dann noch wahrscheinlich – und welche eher unwahrscheinlich? Für Weber war die kontrafaktische Analyse ein wichtiges heuristisches Instrument: „Um die wirklichen Kausalzusammenhänge zu durchschauen, konstruieren wir unwirkliche.“¹²

Da Zäsuren per definitionem überragende kausale Bedeutung zugesprochen wird, reizen sie ganz besonders zum Gedankenexperiment. Je mehr nachfolgende Ereignisse und Entwicklungen ohne das als Zäsur betrachtete Ereignis als sehr unwahrscheinlich gelten können, umso besser lässt sich der Zäsur-

¹¹ Dudziak, *September 11 in History* (Anm. 7); *Journal of American History* 89 (2002) H. 2: History and September 11, hg. von Joanne Meyrowitz; Michael Mann, *Incoherent Empire*, London 2003 (dt.: *Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können*, Frankfurt a.M. 2003); Noam Chomsky, *Hegemony or Survival. America's Quest for Global Dominance*, New York 2003.

charakter begründen. Der 11. September 2001 bietet einen fast idealen Stoff für die kontrafaktische Analyse, handelt es sich doch um ein singuläres, zeitlich extrem komprimiertes und kontingentes Ereignis, das sich leicht aus der Geschichte „wegdenken“ lässt. Man muss sich lediglich vorstellen, dass die Sicherheitskontrollen an den Flughäfen in Boston, Washington, D.C., und Newark an diesem Morgen besser funktioniert hätten!¹³ In diesem Fall hätten die amerikanischen und internationalen Medien wohl über die Verhaftung mutmaßlicher Al Qaida-Terroristen und die Vereitelung eines Terroranschlags berichtet. Wahrscheinlich hätte die Öffentlichkeit auch von den Plänen erfahren, die Flugzeuge ins World Trade Center zu steuern, sich aber mit dem Gedanken beruhigt, dass ein solches Unternehmen niemals hätte gelingen können. Auf den Flughäfen wären die Sicherheitsvorkehrungen zeitweilig verschärft worden, aber ansonsten wäre der 11. September 2001 ein ganz normaler Tag geblieben.

Wie dann das folgende Jahrzehnt verlaufen wäre, lässt sich natürlich nicht positiv bestimmen. Jedoch ist es durchaus sinnvoll zu fragen, welche Ereigniskomplexe und Entwicklungen mit einiger Plausibilität ohne „9/11“ nicht vorstellbar sind. Man kann weiterhin darüber nachdenken, welche Entwicklungen durch „9/11“ verstärkt wurden und welche vermutlich in keiner kausalen Beziehung zu den Anschlägen und ihren Folgen standen. Die hier präsentierten thesenhaften kontrafaktischen Überlegungen konzentrieren sich auf Politik, Gesellschaft und Wirtschaft der USA, da diese das unmittelbare Ziel der Anschläge waren und zugleich die internationalen Reaktionen dominierten.

Niemand wird ernsthaft bestreiten, dass „9/11“ eine scharfe politische Zäsur bedeutete. Seit diesem Tag waren die Prioritäten der amerikanischen Außen- und Innenpolitik nahezu völlig auf ein Ziel fokussiert, den „Krieg gegen den Terror“. Vor den Anschlägen hatte die Anfang 2001 unter äußerst umstrittenen Umständen ins Amt gelangte Bush-Administration noch keine klare innen- oder außenpolitische Agenda erkennen lassen. Allenfalls zeichnete sich ab, dass die neue Regierung eine konfrontative Haltung gegenüber China einnehmen würde, das als „strategischer Konkurrent“ galt. Mit „9/11“ stand der neue Präsident dann plötzlich vor einer Herausforderung, die ihm unverhofft eine Mission und die Chance zur historischen Größe gab. Man mag darüber spekulieren, ob der ideologische Eifer, mit dem George W. Bush den *War on Terror*

¹² Max Weber, Objektive Möglichkeit und adäquate Verursachung in der historischen Kausalbeurteilung [1906], in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hg. von Johannes Winkelmann, 7. Aufl. Tübingen 1988, S. 266-290, hier S. 287. Auf den logischen Status der Erfahrungsregeln, von Weber auch als „nomologisches Wissen“ bezeichnet (S. 277), kann hier nicht näher eingegangen werden. Die meisten für Historiker relevanten „counterfactuals“ basieren natürlich nicht auf allgemeinen Gesetzen, sondern auf Wahrscheinlichkeiten und Plausibilitätsannahmen.

¹³ Vgl. dazu The 9/11 Commission Report: Final Report of the National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States, Washington, D.C., 2004, S. 1-14.

anging, auch in seinem manichäischen Weltbild und einem Vaterkomplex begründet lag. Jedenfalls erhoben der US-Präsident und seine Berater nach dem 11. September beispiellos radikale Machtansprüche, die zuvor kaum denkbar gewesen wären.

Dass in Kriegen und Krisen der nationalen Sicherheit die Stunde der Exekutive schlägt, ist eine auch durch die amerikanische Geschichte hinlänglich bestätigte Erfahrung, die Arthur Schlesinger, Jr. in seinem 1973 erschienenen Klassiker „The Imperial Presidency“ auf den Begriff brachte. Nach „9/11“ erreichte der Machtanspruch des Präsidenten jedoch eine neue Qualität. Gestützt auf seine verfassungsrechtliche Stellung als Spitze der Exekutive und Oberbefehlshaber der Streitkräfte reklamierte George W. Bush nahezu unbegrenzte Vollmachten zur Kriegsführung und Terrorbekämpfung im In- und Ausland. Mit der Theorie der „einheitlichen Exekutive“ (*unitary executive*) entwickelten Bushs Berater eine extrem dezisionistische Verfassungsdoktrin, der zufolge der Präsident völlig autonom darüber bestimmen dürfe, ob und wie er die Gesetze anwende; der Präsident stand demnach praktisch über dem Gesetz. Die Bush-Administration rechtfertigte mit dieser Doktrin unter anderem Folter gegen Terrorverdächtige im Ausland sowie deren unbefristete Internierung ohne Anspruch auf rechtliches Gehör. Obwohl diese Doktrin in eklatantem Widerspruch zur amerikanischen Verfassungstradition der *checks and balances* stand, setzte der Kongress dem präsidentiellen Machtanspruch kaum Widerstand entgegen. Lediglich der Oberste Gerichtshof beharrte seit 2004 in einer Serie von Entscheidungen darauf, dass rechtsstaatliche Grundsätze und die Gewaltenteilung auch im Krieg gegen den Terror gültig blieben.¹⁴ Obwohl bereits andere Präsidenten vor George W. Bush weitreichende Befugnisse für sich in Anspruch genommen hatten: Einen vergleichbaren Versuch zur völligen Verkehrung der amerikanischen Verfassungsordnung wie die Doktrin der „einheitlichen Exekutive“ hatte es noch nicht gegeben, und dies konnte nur vor dem Hintergrund von „9/11“ zeitweilig zur politischen Praxis werden.

Die militärische und außenpolitische Strategie im *Global War on Terror*, welche die Bush-Administration im September 2002 in einem viel beachteten Memorandum zur Nationalen Sicherheit darlegte, verkündete nichts grundsätzlich Neues, sondern bekräftigte ideologische und politische Grundpositionen. Die USA bekannten sich zur engen Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten und den Vereinten Nationen, behielten sich jedoch das Recht vor, wenn nötig auch allein zu handeln. Das Recht zu Präventivschlägen (*preemptive actions*), um Bedrohungen durch „Schurkenstaaten“ und Terroristen zuvorzukommen, „selbst wenn über Zeit und Ort des feindlichen Angriffs Unsicher-

¹⁴ Vgl. die luzide Analyse bei Franz-Josef Meiers, *The Return of the Imperial Presidency? The President, Congress, and U.S. Foreign Policy after September 11 2001*, in: *Amerikastudien/American Studies* 55 (2010), S. 249-286.

heit herrscht“, wurde mit Hinweis auf „9/11“ ebenfalls als Weiterentwicklung des klassischen Völkerrechts begründet. Das Endziel des *War on Terror* sollte, wie in allen Kriegen seit dem Ersten Weltkrieg, die weltweite Verbreitung von Freiheit und Demokratie sein, diesmal allerdings in der muslimischen Welt. Schon seit den 1990er-Jahren, so die Einschätzung Detlef Junkers, hätten neo-konservative Vordenker das Projekt einer „konkurrenzlosen Pax Americana“ propagiert. Mit dem 11. September 2001 habe sich ihnen die „weltgeschichtliche Gelegenheit“ geboten, „eine Weltvorherrschaft zu errichten, die es den USA auf unbestimmte Zukunft erlaubt, die Strukturen der Welt im pro-amerikanischen Sinne zu bestimmen“.¹⁵

Selbst die kühnsten „Neocons“ konnten freilich nicht ahnen, dass ausgerechnet Afghanistan ins Zentrum amerikanischer Weltpolitik rücken würde, jenes Land, das die Amerikaner nach dem sowjetischen Abzug sich selbst überlassen hatten und das seit der Machtübernahme der Taliban als Rückzugsgebiet der Al Qaida diene. Nach dem 11. September wurde Afghanistan nicht nur zur vordersten Front im *War on Terror*, sondern darüber hinaus zum gemeinschaftlichen *Nation-Building*-Projekt des Westens. Ohne „9/11“ hätte es zu einer Intervention in Afghanistan weder den politischen Willen in den USA noch den politischen Rückhalt in der internationalen Gemeinschaft gegeben. Bis heute wird der Afghanistankrieg damit gerechtfertigt, das Land dürfe nicht wieder zum Stützpunkt des internationalen Terrorismus werden.

Ob es ohne „9/11“ auch keinen Irakkrieg gegeben hätte, lässt sich nicht so eindeutig behaupten. Inzwischen ist bekannt, dass George W. Bush bereits auf der ersten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats nach seinem Amtsantritt verlangte, „militärische Optionen“ gegen Saddam Hussein zu prüfen. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die „Falken“ um den Präsidenten ohnehin auf einen gewaltsamen Regimewechsel hingearbeitet und einen anderen Kriegsgrund gesucht hätten. Doch während der politische Wille zum Sturz Saddams zweifellos vorhanden war, ist kaum vorstellbar, dass es ohne den 11. September die nötige innenpolitische Unterstützung für die völkerrechtswidrige Invasion gegeben hätte, geschweige denn die opportunistische „Koalition der Willigen“ unter den Verbündeten der USA. Durch den Terror erlangten die Überlegungen zum Sturz Saddams unbestreitbar eine neue Dynamik. Nach der „Erniedrigung durch 9/11“, so Stefan Bierling, brauchten die USA einen „Akt imperialer Selbstbestätigung“. Auch ohne belastbare Beweise gelang es der Bush-Regierung, große Teile des amerikanischen Volks davon zu überzeugen, dass Saddam Hussein in die Anschläge verwickelt gewesen sei und dass er nicht zögern werde, Terroristen mit Massenvernichtungswaffen auszurüsten. Das

¹⁵ The National Security Strategy of the United States of America, September 2002, online unter URL: <<http://www.globalsecurity.org/military/library/policy/national/nss-020920.pdf>>, S. 15; Detlef Junker, *Power und Mission. Was Amerika antreibt*, Freiburg i.Br. 2004, S. 160.

Mantra, „9/11“ dürfe sich unter keinen Umständen wiederholen, war innenpolitisch das wirksamste Propagandainstrument der Bush-Administration bei der Vorbereitung des Kriegs.¹⁶

Zumindest kurz- und mittelfristig hatte der 11. September profunde Auswirkungen auf das politische Klima und die politische Kultur der USA. Die häufig diagnostizierte Polarisierung der politischen Lager war kein neues Phänomen, wurde aber durch „9/11“ weiter verschärft – allen Appellen an die nationale Einheit zum Trotz. Die Terroranschläge waren Wasser auf die Mühlen eines vor allem unter konservativen Weißen verwurzelten „right-or-wrong-my-country“-Nationalismus, der den „Krieg gegen den Terror“ als Verteidigungskampf des christlichen Amerikas gegen islamistische Unterwanderung definiert. 2010 manifestierte sich dieses Ressentiment im wütenden Widerstand gegen die Errichtung eines islamischen Zentrums nahe „Ground Zero“ und in der Ankündigung eines fundamentalistischen Predigers in Florida, zum Gedenken an die Opfer öffentlich den Koran verbrennen zu wollen.¹⁷ Im Kontrast dazu ist die offizielle „9/11“-Gedenkstätte, die zum zehnten Jahrestag der Anschläge eröffnet wird, bemerkenswert zivil und nachdenklich gestaltet.¹⁸

Während „9/11“ in der amerikanischen Politik eine klare Zäsur bewirkte, waren die direkten wirtschaftlichen Konsequenzen eher marginal. Einer Schätzung zufolge betrug der Verlust, der aus den Störungen des Wirtschaftslebens resultierte, nur etwa 1 Prozent des US-Bruttoinlandsprodukts. Dies ist umso erstaunlicher, als die Terroristen ja bewusst das World Trade Center ausgewählt hatten, um die amerikanische Finanz- und Wirtschaftsmacht zu treffen. Entsprechend groß waren die anfänglichen Befürchtungen, die Anschläge könnten zum Zusammenbruch der Märkte und des Konsums führen, zumal sie mit einer durch die Krise der *New Economy* ausgelösten Rezession zusammenfielen. Tatsächlich kam es weder zu einer weltweiten Wirtschaftskrise noch zu einer Verlangsamung der Globalisierung, sondern die US-Wirtschaft und die Weltwirtschaft kehrten rasch auf den Wachstumspfad zurück – möglicherweise auch wegen des nun massiv einsetzenden *deficit spending*, das allerdings eine unaufhaltsame Schuldenspirale in Gang setzte. Im Jahr 2001 wies der US-Bundeshaushalt noch einen Überschuss von ca. \$128 Mrd. aus. Zehn Jahre später hat das Haushaltsdefizit gigantische \$1,2 Billionen erreicht, und die gesamte Staatsverschuldung beträgt mit ca. \$15 Billionen etwa 100 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts. Die Posten für das Militär, die Bekämpfung des Terrorismus und die Kriege in Afghanistan und Irak schlagen dabei aber nicht einmal sonderlich zu Buche, denn mit ca. 6 Prozent des Brutto-

¹⁶ Vgl. jetzt umfassend Stefan Bierling, *Geschichte des Irakkriegs. Der Sturz Saddams und Amerikas Albtraum im Mittleren Osten*, München 2010, insbes. S. 7, S. 30-42, S. 55-63, S. 86-112.

¹⁷ Vgl. Anatol Lieven, *America Right or Wrong. An Anatomy of American Nationalism*, New York 2004, S. IVf.; 9/11 plus nine, in: *Economist*, 9.9.2010, S. 44.

¹⁸ Vgl. <<http://www.national911memorial.org>>.

inlandsprodukts liegen die Militärausgaben etwa auf dem Niveau der 1980er-Jahre. Die Finanzkrise von 2008 ist in dieser Hinsicht die weitaus gravierendere Zäsur; allein von 2008 auf 2009 verdreifachte sich das Haushaltsdefizit von \$458 Mrd. auf über \$1,4 Billionen. Gleichwohl insistieren Kritiker, dass die realen Kosten von Hochrüstung und Kriegen systematisch verschleiert würden. Der US-Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz schätzt, dass allein der Irakkrieg die amerikanischen Steuerzahler mindestens \$3 Billionen kosten werde.¹⁹

Aus der Rückschau ist offenkundig, dass der Krieg gegen den Terror nicht zur Weltvorherrschaft eines wohlwollenden Imperiums geführt hat, wie nach „9/11“ selbst viele linksliberale Intellektuelle hofften, sondern vorerst einmal zur imperialen Überdehnung. Für den Historiker George C. Herring gehört es zu den „größten Ironien der jüngsten Geschichte“, dass eine auf die Perpetuierung der US-Vormachtstellung fixierte Führung die materiellen und ideellen Machtressourcen Amerikas rücksichtslos verschwendet habe. In längerfristiger Perspektive könnte die wichtigste historische Bedeutung des 11. September 2001 darin liegen, dass die Reaktion der Bush-Administration den Prozess des relativen Niedergangs amerikanischer Macht beschleunigt hat. Inzwischen herrscht im intellektuellen Establishment Konsens, dass die Vorstellung, die USA könnten einseitig die Welt dominieren und die Demokratie mit militärischen Mitteln verbreiten, verfehlt war und gescheitert ist. Selbst ein geschworener Neokonservativer wie der ehemalige UN-Botschafter John Bolton behauptet heute, er habe immer geglaubt, die beste Methode zur globalen Förderung der Demokratie sei das amerikanische Beispiel, nicht die Ausbreitung mit militärischen Mitteln. Auch Francis Fukuyama distanziert sich inzwischen von der These, die USA seien der Vorreiter einer universalen historischen Tendenz hin zur Demokratie.²⁰

In deutlichem Kontrast zu den oben skizzierten unmittelbaren Reaktionen scheint sich nach zehn Jahren immer mehr die Sicht durchzusetzen, dass „9/11“ kein historischer Einschnitt war, der die längerfristigen weltpolitischen

¹⁹ Vgl. die ökonomischen Analysen bei Adam Z. Rose et al., *The Economic Impacts of the September 11, 2001, Terrorist Attacks: A Computable General Equilibrium Analysis*, in: *Peace Economics, Peace Science and Public Policy* 15 (2009) H. 2, S. 1-28; H. Sonmez Atesoglu, *Economic Consequences of a Rise in Defense Spending after September 11, 2001*, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 28 (2005/06) H. 2, S. 181-191; die Zahlen zu Staatsausgaben und Verschuldung der USA sind zugänglich über <<http://www.gpoaccess.gov/usbudget/fy11/pdf/hist.pdf>>; Joseph E. Stiglitz/Linda Bilmes, *The Three Trillion Dollar War. The True Cost of the Iraq Conflict*, New York 2008.

²⁰ George C. Herring, *From Colony to Superpower. U.S. Foreign Relations since 1776*, New York 2008, S. 960f.; zur Imperiumseuphorie nach 2001 vgl. Ulrich Speck/Natan Sznajder (Hg.), *Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung*, München 2003; vgl. die Interviews mit John Bolton und Francis Fukuyama in: Tobias Endler (Hg.), *After 9/11. Leading Political Thinkers about the World, the U.S. and Themselves. 17 Conversations*, Farmington Hills 2011.

und weltwirtschaftlichen Trends entscheidend veränderte. Der Krieg gegen den Terror hat den Aufstieg Chinas zum Rivalen der USA in einem zunehmend multipolaren Weltsystem sogar beschleunigt, weil Washington die Kooperation Pekings und chinesisches Kapital zur Finanzierung seines Haushaltsdefizits benötigt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts zeichnet sich „der Aufstieg der Anderen“ ab.²¹ Von einer unipolaren Weltordnung, deren Regeln die USA offen und ohne schlechtes Gewissen definieren und durchsetzen, die der einflussreiche Kolumnist Charles Krauthammer vor 20 Jahren ausrief und die die neokonservativen Ideologen um George W. Bush nach „9/11“ verwirklichen wollten, spricht heute niemand mehr.²² Wenn sich rückschauend die Sicht durchsetzen sollte, dass der Beginn des 21. Jahrhunderts das Ende des 200 Jahre währenden Zeitalters euro-amerikanischer Dominanz markiert, wird der 11. September 2001 zweifellos als ein Schlüsselereignis dieses welthistorischen Umbruchs erscheinen.

Auf der lebensweltlichen Ebene hat sich bestätigt, dass politisch-historische Zäsuren den Alltag der Menschen nicht fundamental verändern. So haben sich die Amerikaner und Europäer inzwischen mit der Gefahr des Terrorismus arrangiert und nehmen Einschränkungen der Mobilität und der Privatsphäre als notwendige Übel hin. Der 11. September 2001 hat zwar eine neue Dimension terroristischer Gewalt eröffnet, ist aber bisher glücklicherweise ein singuläres Ereignis geblieben, trotz der Anschläge 2004 in Madrid und 2005 in London, die zusammen rund 250 Menschenleben forderten. Dennoch hat der Terrorismus die Spannung zwischen staatlich gewährleisteter Sicherheit auf der einen Seite und risikobehafteter Freiheit auf der anderen Seite in allen westlichen Gesellschaften ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, dass der Terrorismus und der „Krieg gegen den Terror“ die bei weitem meisten Opfer nicht im Westen gefordert haben, sondern in muslimischen Ländern – insbesondere in Afghanistan, Pakistan und im Irak.

Ganz zweifellos hat „9/11“ das Verhältnis zwischen dem Westen und der muslimischen Welt extrem belastet. Die „Kollateralschäden“ des *War on Terror* haben Öl ins Feuer des radikalen Islamismus gegossen und den Terroristen auch unter jungen muslimischen Einwanderern neue Rekruten zugeführt, was wiederum die bereits früher vorhandenen islamophoben Tendenzen im Westen weiter verstärkt hat. Muslimische Immigranten in den USA und Europa sehen sich häufig einem Generalverdacht ausgesetzt und reagieren ihrerseits mit Abschottung. In seltener Eintracht proklamieren säkular-progressive Islamkritiker und konservative Verteidiger des christlichen Abendlands die

²¹ Fareed Zakaria, *Der Aufstieg der Anderen. Das postamerikanische Zeitalter*, München 2009.

²² Charles Krauthammer, *The Unipolar Moment*, in: *Foreign Affairs* 70 (1990/91), S. 23-33; David Frum/Richard Perle, *An End to Evil. How to Win the War on Terror*, New York 2004.

Unvereinbarkeit der Kulturen, die unter umgekehrten Vorzeichen auch von den Islamisten gepredigt wird.²³

Dennoch ist es nicht gerechtfertigt, von einem „Kampf der Kulturen“ zu sprechen. Denn der Westen hat keineswegs nur mit Ablehnung und Ressentiment reagiert, sondern auch eine beispiellos intensive intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Islam und seiner Integration in das westliche Modell des Pluralismus begonnen. Das öffentliche und das wissenschaftliche Interesse am Islam – sowie an der Rolle der Religion in Geschichte und Gesellschaft – war noch nie so groß wie in den vergangenen zehn Jahren. Auch umgekehrt kann keine Rede davon sein, dass die muslimische Welt den Westen ausschließlich mit Feindseligkeit und Misstrauen bäugte. Obwohl ihr Ausgang noch ungewiss ist, lassen die derzeitigen Revolutionen in Nordafrika und dem Mittleren Osten hoffen, dass individuelle Freiheit und Selbstverwirklichung für die allermeisten Muslime letztlich doch sehr viel attraktiver sind als der Märtyrertod durch Selbstmordattentate. Sollte es zu einer umfassenden Demokratisierung der islamischen Welt kommen, wird es gewiss eine hitzige Debatte darüber geben, ob „9/11“ und der „Krieg gegen den Terror“ diesen Prozess beschleunigt oder verzögert haben. Um alle diese Fragen abschließend zu beurteilen, ist es aber, um mit Zhou Enlai zu sprechen, noch zu früh.

Prof. Dr. Manfred Berg, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Historisches Seminar, Grabengasse 3-5, D-69117 Heidelberg, E-Mail: manfred.berg@zegk.uni-heidelberg.de

Eine Auswahlbibliographie deutsch- und englischsprachiger Monographien, Sammelbände und Themenhefte zum 11. September 2001 findet sich unter <http://www.zeithistorische-forschungen.de/zol/Portals/_zf/documents/pdf/Bibliographie_11_09_2001.pdf>.

²³ Zur deutschen Debatte jetzt kritisch Patrick Bahners, *Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift*, München 2011.